

# Wilsdruffer Tageblatt

Zersprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Bestellungspreis: 20. für die 6 wöchentliche Ausgabe oder deren Raum, Postamt, die 2 wöchentliche Ausgabe 10. Bei Lieferung und Jahresvertrag entsprechende Preisermäßigung. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 wöchentliche Ausgabe 20. Nachzahlungs- und Abrechnungsbillets 50 Pf. Anzeigenpreise sind vom 1. August 1922 ab. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenauftrag ist verbindlich, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzerententeil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 199

Sonnabend den 26. August 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

Bei uns sind eingegangen vom:

Sächsischen Gesetzblatt das 10. bis 27. Stück vom Jahre 1922;  
vom Reichsgesetzblatt, Teil I Nr. 42 bis 57 vom Jahre 1922;  
vom Reichsgesetzblatt, Teil II Nr. 14 bis 18 vom Jahre 1922.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlag in der Hausstube des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratkassette zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 25. August 1922.

4539

Der Stadtrat.

Kellerräume zur Einlagerung von Kartoffeln gesucht.

Wilsdruff, am 25. August 1922.

Der Stadtrat.

## Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Reichsregierung wendet sich energisch gegen die ausländischen Pressenmeldungen, wonach bei den Berliner Verhandlungen ein deutsches Angebot von 50 Goldmarken gemacht und abgelehnt worden sei.
- \* Die bayerische Notverordnung ist von der bayerischen Regierung wieder aufgehoben worden.
- \* Die Gewerkschaften haben bei der Reichsregierung sofortige Maßnahmen gegen die durch den Marktzug verursachte Wirtschaftskatastrophe gefordert.
- \* Die italienische Regierung hat erklärt, daß sie einen Anschluß Österreichs an Deutschland oder seinen Eintritt in die kleine Entente nicht wünschen werde.
- \* Nach Bestimmung des Generalkonferenzartikels von Opatowitz soll die Beschlagnahme der deutschen Guthaben demnächst aufgehoben werden. Die Ausweisungen werden aufrechterhalten.

### Ein Dollar = 2000 Mark.

Es geht jetzt lustig zu auf den deutschen Börsen. Man sieht sich fast versucht, am Vorabend des Tages darüber einzugehen, wie weit es der Dollar an der Börse des nächsten Tages bringen möchte. Und ein gewisser Salgenhumor ist schier unausbleiblich geworden, wenn man sieht, in wie kühnen Sprüngen dieser schneidige Reitermann von Stunde zu Stunde die höchsten Kursvorsprünge zu nehmen weiß. Um von 1000 auf 2000 Mark zu kommen, hat er weniger Zeit gebraucht, als früher notwendig war, um ganze 100 Mark aufwärts zu klettern, und wenn es so weitergeht wie in den letzten vierundzwanzig Stunden, wird die laufende Woche kaum zu Ende gehen, ohne daß wir auf 6000, auf 8000, auf 10 000 Mark für den Dollar angelangt sind. Kein Wunder auch, denn je höher der Kurs steht, desto geringeren Wert haben die spärlichen Reste, die noch von dem ehemaligen Goldwert der Reichsmark übriggeblieben sind. Eine Differenz von 50, von 100, von 200 Mark noch im Anfang dieses Monats ungleich schwerer als heute die fünf- oder zehnfache Differenz ausmacht. Der Humor kann einem freilich vergehen, wenn man bedenkt, welches Maß von Unheil diese Zahlen für die deutsche Volkswirtschaft, für jeden Gewerbetreibenden, für jeden Arbeiter und Angestellten, die Festbesoldeten und die Rentner insbesondere bedeuten, wenn man bedenkt, daß damit jede Ordnung im industriellen und kaufmännischen Leben, jede Überlegung in öffentlicher wie privater Wirtschaftsführung hinfällig wird. Eine Gaudi ist es, wie man in Bayern zu sagen pflegt — eine Gaudi freilich, die hart an äußerster Not und Verzweiflung kreist. Wie lange wird unsere Wirtschaft, wird unsere Volkswirtschaft noch so ertragen vermögen?

Schon machen sich Anzeichen des heraufziehenden Ungewitters bemerkbar. Zahlungseinstellungen einzelner Devisenpekulanten werden gemeldet, und die Gerüchte von bedeutenden Zahlungsschwierigkeiten im Warenhandel wollen nicht verstummen. Auch der Arbeitsmarkt zeigt wieder Spuren einer rückläufigen Bewegung. Neben auch die Hauptindustriezweige noch in voller Beschäftigung, so gewahrt man im Kleingewerbe schon infolge der fortschreitenden Geldentwertung einen gewissen Stillstand, der zu Arbeiterentlassungen nötigt. Die sinkende Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung läßt die Nachfrage zurückgehen, und wer trotzdem noch sein Warenlager immer wieder vergrößern will, muß dafür Kapitalien aufwenden, vor denen er kaum noch weiß, wo er sie hernehmen soll. Ebenso wie sich die Geschwindigkeit in der Aufwärtsbewegung des Dollars ständig erhöht hat, so sehr droht nun auch der Verfall des lebendigen Wirtschaftskörpers in beschleunigtem Tempo vor sich zu gehen. Schon wird ihm vielfach nur auf künstlichem Wege noch Nahrung zugeführt; wer weiß, wie bald es darüber zu einer Blockade kommt, die das Schlimmste befürchten läßt. Tröstlich kann uns dabei nicht einmal die Wahrnehmung, daß auch ein Land wie die Tschechoslowakei, deren Kronen auf der Währungsleiter immer höher emporkletterten, darüber nur immer in neue Schwierigkeiten verfallt.

Natürlich hängt die Entwicklung der letzten Tage in der Hauptsache mit den Reparationsverhandlungen zusammen, die in dieser Woche in der deutschen Reichshauptstadt vor sich gegangen sind. Gestimmte verbreitete Nachrichten über die Unmöglichkeit, zu einer Verständigung zu gelangen, mußten an der Börse entsprechend bewertet werden, und selbst wenn es nun doch

noch gelingen sollte, das Schlimmste zu verhindern, so würde nach der entsetzlichen Panik dieser Tage der Erfolg nur darin bestehen, daß wir im günstigsten Fall auf einen Marktzustand zurückfallen, wie er noch nicht vorhanden war, als die Verhandlungen mit den Herren Maucière und Bradburn eingeleitet wurden. Noch sind diese Verhandlungen nicht abgebrochen, noch besteht die Aussicht, zu einem Abkommen zu gelangen, das selbst Herr Poincaré hinnehmen müßte, um sich vor der Welt nicht ganz und gar in Mißkredit zu bringen. Sollte er aber entschlossen sein, eine andere als die von ihm erstrebte Lösung unter allen Umständen abzuweisen, so wird der Reichsregierung nichts anderes übrig bleiben als die Erklärung, daß sie mit ihrem Latein zu Ende sei. Schon jetzt muß sie mit sehr ernsten inneren Folgeerscheinungen der Dollarkatastrophe rechnen, sie mag sich aber im Augenblick noch die Kraft zutrauen, ihr, wenn es nötig sein sollte, auch mit den Zwangsmitteln des Staates Herr zu werden. Bleibt aber Herr Poincaré Sieger auch in dem Nachweilskriege, den er gegen uns führt, wer soll dann noch inslande sein, unter solchen Verhältnissen die staatliche und die wirtschaftliche Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten?

### Panik an der Berliner Börse.

Das rapide Steigen des Dollars bis auf 2000 hat an der Berliner Börse zu einem völligen Zusammenbruch des Devisenhandels geführt. Deutsche Marknoten strömen in Massen aus dem Auslande zurück. Industrie und Großhandel können für Einfuhrzwecke auch nicht die kleinsten Devisenbeträge im freien Markte mehr kaufen. Am Donnerstag war es schon bald nach Beginn des offiziellen Verkehrs am Devisenmarkt kaum noch möglich, irgendwelche Geschäfte abzuschließen. Bei dem Fehlen jeglichen Angebots bestehen für weitere katastrophale Steigerungen des Dollars keine Hindernisse mehr.

### Forderungen der Gewerkschaften.

Die Führer der gewerkschaftlichen Spitzenverbände sind beim Reichskanzler vorstellig geworden, damit die Reichsregierung so schnell wie möglich energische Schritte unternehme, wenn nicht unsere Gesamtwirtschaft zusammenbrechen soll. Der Vortritt bemerkt zu diesem Schritt der Gewerkschaften: Es kann jetzt nicht scharf genug betont werden, daß zwischen der äußeren und der inneren Entwertung der Mark ein Unterschied besteht. Es ist nicht wahr, daß jeder Tagesbedarf des kleinen Mannes unternahm mit dem Wertsensurs des Dollars verbunden sei. Ein großer Teil unserer Lebensmittel, wie Kleider, Schuhe und viele andere Artikel, sie entstehen auf deutschem Boden aus deutschen Produkten und aus deutscher Arbeit. Hier muß regulierend eingegriffen werden, mag auch mancher vor dem Worte Zwangswirtschaft erschrecken. Die Regelung braucht keine Zwangswirtschaft zu sein, sie muß aber von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten im vollen Sinne des Wortes getragen werden.

### Aufhebung der bayerischen Verordnung.

München, 24. August.

Die aus Anlaß der Schutzgesetzgebung seitens der Reichsregierung von der bayerischen Regierung erlassene Notverordnung vom 24. Juli ist mit Wirkung vom 24. August aufgehoben worden.

Mit diesem Beschluß der bayerischen Regierung ist endlich der gerade in der letzten Zeit der schwersten außenpolitischen Bedrängnis doppelt beklagenswerte Zwist zwischen Berlin und München aus der Welt geschafft worden. Bekanntlich hatte Bayern nach der Annahme des Schutzgesetzes durch den Reichstag die Durchführung dieses Gesetzes in Bayern verweigert und für Bayern eine eigene Schutzverordnung erlassen. Dieses Verfahren wurde in Berlin als verfassungswidrig angesehen, und es entstand ein scharfer Konflikt, der zweimal eine Reihe bayerischer Minister nach Berlin nötig machte, bis nun nach wochenlangen Verhandlungen die Einigkeit wieder hergestellt wurde. Die letzten Vereinbarungen betrafen vor allem die Punkte:

### Staatsgerichtshof und Hoheitsrechte.

Beim Staatsgerichtshof wird ein sächsischer Senat gebildet. Die Ernennung seiner Mitglieder erfolgt nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen. Ihm werden drei bayerische Landrichter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angeschlossen. In den Fällen, in denen die Außenabteilung des sächsischen Senats gegeben ist,

wird das Begnadigungsrecht vom Reichspräsidenten im Benehmen mit der Landesregierung oder auf deren Anregung ausgeübt. Ein bayerischer Beamter der Reichsanwaltschaft wird als Referent des Oberreichsanwalts bestellt. Es wurde neuerdings mit Nachdruck betont, daß die Überweisung der Strafsachen an die ordentlichen Gerichte die Regel bilden werde.

Der bundesstaatliche Charakter des Reichs, die Staatspersönlichkeit und die Hoheit der Länder wurden neuerdings anerkannt. Diesen wurde wiederholt zugesagt, daß das Reich die Hoheitsrechte der Länder nicht unter Abänderung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reichs an sich ziehen wolle. Darüber hinaus wurde zugesichert, daß die Reichsregierung nicht willens sei, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reichs durch neue Reichsmittel oder Reichsunterbehörden zu übernehmen.

### Das Ergebnis.

Es läßt sich nicht leugnen, daß nunmehr Bayern zum Schutze seiner Staatlichkeit und seiner Hoheitsrechte sehr wertvolle Sicherungen gegeben worden sind. Bayern hat erklärt, daß an seinem grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt zu den Schutzgesetzen nichts geändert werde, und daß namentlich der Staatsgerichtshof kein ordentliches, sondern ein außerordentliches Gericht sei, dessen baldigste Wiederbeseitigung dringend notwendig erscheine. Auf der andern Seite ist nicht zu verkennen, daß nunmehr der Staatsgerichtshof in seiner ganzen Einrichtung sehr erheblich verbessert wurde, und daß infolgedessen die ursprünglichen Bedenken praktisch zu einem großen Teil beseitigt sind.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Der Prozeß wegen des Rathenau-Mordes.

Nach dem Reichsgesetz über den Staatsgerichtshof kann dieser selbst bestimmen, in welchem Ort eine vor ihm geführte Verhandlung stattfinden soll. Bisher war es zweifelhaft, ob der Prozeß gegen Tschow und Genossen in Berlin oder in Leipzig verhandelt werden sollte. Nunmehr hat der Staatsgerichtshof entschieden, die Hauptverhandlung in Leipzig im Reichsgericht stattfinden zu lassen. Die jetzt noch im Berliner Untersuchungsgefängnis sitzenden Angeklagten werden Anfang September nach Leipzig gebracht. Die Verhandlung selbst ist im September zu erwarten.

#### Deutsch-polnischer Eisenbahn-Grenzverkehr.

Die Verhandlungen mit Vertretern der polnischen Regierung über die Wiederaufnahme des deutsch-polnischen Eisenbahngrenzverkehrs sind im allgemeinen abgeschlossen. Ob der Grenzverkehr am 1. September oder 1. Oktober wieder aufgenommen wird, steht noch nicht fest, wohl aber, daß zunächst 14 deutsch-polnische Eisenbahnübergänge in Frage kommen. Die wichtigste wird die Linie Frankfurt-Lissa sein.

#### Es muß gegrißt werden!

Die Rheinlandkommission hat den von deutscher Seite gestellten Antrag auf Abschaffung der Gruppität der deutschen Zoll-, Forst-, Polizei- und Feuerwehreamten in Uniform gegenüber den Fahnen und Offizieren der an der Besetzung beteiligten alliierten Mächte abgelehnt. Die deutschen Farben im Saargebiet verboten.

Die Saar-Regierungskommission hat bekanntlich eine eigene Flagge für das Saargebiet mit den Farben blau-weiß-schwarz eingeführt, aber deren Rechtsgültigkeit sich kürzlich der Münchener Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Frank in verneinendem Sinne ausgelassen hat. Jetzt hat die Regierungskommission durch eine neue Verordnung, die übrigens durch das englische Regierungsmittelteil gesichert ist, bestimmt: „Das Beflaggen in anderen Farben, außer in örtlichen oder kirchlichen, ist nicht gestattet.“

#### Deutsch-Osterreich.

Arbeitslosenunruhen in Wien. In sehr ernsten Ausprägungen kam es im Anschluß an eine Arbeitslosenversammlung. Es bildeten sich mehrere Demonstrationsumzüge. Etwa 6000 Personen drangen bis zum Parlamentsgebäude, durchbrachen die polizeiliche Absperrung und die Parlamentswache, stürmten teilweise in das Gebäude und begannen Verwüstungen anzurichten. Verbeigerufene Hilfe trieb die Eingebungen mit blanker Waffe zurück. Viele Demonstranten, darunter viele Frauen, trauen Ver-



Lehungen davon. Die Geschäfte hatten vielfach geschlossen und die Läden herabgelassen. Trotzdem kam es zu weiteren Ausführungen, in deren Verlauf einige prunkvolle Privathäuser von der Menge gestürmt wurden, die das wertvolle Mobiliar vollständig demolierten.

### Frankreich.

**X Teilweise Aufhebung der „Retorsionen“.** Das Straßburger Generalkommissariat teilt mit: Da sich die Frage der Ausgleichszahlungen auf dem Wege zu einer gütlichen Regelung befindet, werden die Retorsionsmaßnahmen aufgehoben werden. Infolgedessen wird die den Banken mitgeteilte Verpflichtung, die deutschen Guthaben zurückzubehalten, aufgehoben werden. Die Maßnahmen gegen die Deutschen, die am 12. August ausgeschrieben wurden, bleiben bestehen. Eine spätere Mitteilung wird den Termin bekanntgeben, an welchem der Beschluß über die deutschen Guthaben aufgehoben wird.

## Wenn die Tschechenkrone steigt ...

Unglück über Unglück.

Die Saatzspiel im weltwirtschaftlichen Betriebe muten die Klagen an, die jetzt aus der Tschechoslowakei kommen über die unheilvollen Wirkungen des Steigens der tschechischen Krone. Während Österreich infolge des Zurückweichens seiner Währung in das leere Nichts vor dem Erliegen bangt, während in Deutschland das erschreckende Sinken der Mark Verstärkung und Hoffnungslosigkeit in allen Kreisen auslöst, leidet die Tschechoslowakei, weil ihre Krone zu schnell nach oben getrieben ist. Sie bewegt sich einträchtig mit dem Dollar aufwärts. Heute muß man über 6400 deutsche Mark anlegen, um 100 tschechische Kronen zu bekommen. Also eine ungeheure Aufwärtsbewegung in kurzer Zeit, wenn man bedenkt, daß nach dem Kriege die Tschechenkrone bedeutend geringer notierte als die deutsche Mark.

Und die Folge? Eine schwere Krise der tschechischen Hauptindustrie, Arbeits- und Notlosigkeit. Die gesamte Glasindustrie Nordböhmens steht vor dem Zusammenbruch. Mit Massenentlassungen von Arbeitern im Westen und Nordwesten Böhmens ist begonnen worden. Der gesamten Arbeiterschaft der Glasindustrie wurde gekündigt. 13 000 Arbeiter sind arbeitslos, über 20 000 arbeiten nur 2 bis 3 Tage in der Woche. Im Hiesgebirge stehen Entlassungen für die nächste Woche bevor. Die Gewerkschaftsverbände verlangten angesichts dieser Lage von der Regierung die Aufhebung der Kohlenabgabe, Verminderung der Frachttariffätze und der Postgebühren. Die Glasindustrie ist nur auf Ausfuhr eingestellt und findet keinen Absatz mehr. Die tschechische Regierung hat die böhmische Grenze sperren müssen, weil von drüben jeden Tag wahre Völkerwanderungen hereinströmen, um auf deutschem Boden billig einzukaufen, im Lande selbst ist nichts mehr zu haben. Das Geld ist außerordentlich knapp, zumal die Auslandsforderungen nicht einzutreiben sind oder doch nur zu dem alten, beim Geschäftsabschluss gültigen Kurs eingehen. Die Zahl der Arbeitslosen nähert sich der halben Million. Die Regierung will in diesen Tagen eine Konferenz abhalten, in der über Tarifverabredungen, Entlassungen für die Einfuhr von Rohmaterialien und für die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, Aufhebung der Kohlenabgaben usw. zur Abhilfe beraten werden soll. Vor allen Dingen schreitet man nach einer Stabilisierung, einer Festlegung der Krone an einen bestimmten Kurs.

Neben der Glasindustrie ist die Metallindustrie hart bedrängt. In den Mannesmann-Werken zu Komotau arbeiten von 92 Arbeitern nur noch 110 in vollen Tagesstunden. Beschäftigten zu den jetzigen Kronenpreisen kaufen nicht mehr ein, es wird beschlagnahmt, das Werk stillzuliegen. In den Stobawerken in Pilsen sollten dieser Tage 2000 Arbeiter entlassen werden, doch gelang es nach längeren Verhandlungen durchzusetzen, daß vorläufig nur

etwa 500 Arbeitern gekündigt wird. Und ähnlich liegen die Dinge in den anderen Mittelpunkten der Metallindustrie. Der Porzellan-, der Holz-, der Textilindustrie ergeht es nicht besser, die Industriellen denken an Auswanderung, da sie nur noch unter Verlusten mühsam weiter können. Die Metallarbeiterchaft hat ein gemeinschaftliches Einschreiten sämtlicher Arbeiterorganisationen wegen des Steigens der tschechoslowakischen Krone bei der Regierung vorbereitet.

**Wegen des Steigens der Krone!** Die Bezugnahme auf deutsche Verhältnisse, wo Gewerbe, Industrie und Beamtenapparat nicht aus den Lohnverhandlungen wegen des Tiefstandes der Mark herauskommen, liegt zu nahe. Hohe Valuta bedeutet Massenelend im tschechischen, niedrige Valuta das gleiche im deutschen Falle.

Nichts kann deutlicher die unmögliche und geradezu verheerende Situation kennzeichnen, in welche die kurzfristige und wahnwitzige Wenteppolitik der Sieger im Weltkrieg das alte Europa gestürzt hat.

## Die österreichische Ministerreise.

Politische Fühlungsnahme — keine Betteleinfahrt.

Die ziemlich unvermittel ins Werk gesetzte Reise des Bundeskanzlers Dr. Seipel und des Finanzministers Segur über Prag und Berlin nach Verona zur Aussprache mit Venesich, Birih und Schanzer hat in der Öffentlichkeit viel Aufsehen erregt und ist als ein letzter Versuch der österreichischen Regierung ausgelegt worden, vor dem völligen Zusammenbruch bei den Nachbarn noch eine letzte Hilfe zu holen. Daß diese Auffassung falsch ist, darüber haben die beiden Wiener Minister die Berliner Presse eingehend aufgeklärt. Bei einem Empfang in der österreichischen Gesandtschaft

erklärte der Bundeskanzler Dr. Seipel gegenüber den Beratern, Österreich wolle sich an die kleine Entente anschließen: Unsere Reise dient überhaupt nur der Orientierung; ich brauche auch nicht zu sagen, daß ein Anschluß an die kleine Entente nicht in der Linie unserer Politik liegt. Wir müßten in unserer Notlage das Bedürfnis haben, uns über die Stimmung der unseren wichtigsten Nachbarn Aufklärung zu verschaffen, also auch in der Tschechoslowakei, die ja die Führung in der kleinen Entente hat, und ebenso in Italien als der einzigen Ententegegnerin, die unmittelbar an unsere Grenzen stößt. Nach dem Bundeskanzler ergriff Finanzminister Segur das Wort, um zunächst darzutun, daß es das Ziel seiner Finanzpolitik gewesen sei, zunächst durch

**Kuspung aller Kräfte der Selbsthilfe** die Voraussetzung für die Hilfe von außen zu schaffen. Es sei ein ernstliches Zeichen, daß die Reparationskommission beschloffen habe, einen Teil der Pfänder freizugeben, nämlich das Ertragnis aus den Zöllen, Salinen, Forsten und Domänen sowie aus dem Tabakmonopol. Im übrigen sei die Reise keine Betteleinfahrt, sondern eine Informationsreise, und es handle sich nicht darum, für einen unmittelbaren Zusammenbruch stehenden Staatshaushalt Hilfe zu erbitten. Die Fortführung des Haushalts sei vielmehr für die nächste Zeit gesichert. — Die Besprechungen der beiden Minister mit der Reichsregierung trugen den Charakter einer herzlichen nachbarlichen Freundschaft. Der Bundeskanzler legte dar, daß Österreich nach Lage der Dinge selbstverständlich seine Angelegenheit beim Völkerbunde mit altem Nachdruck betreiben werde, daß aber eine Verschleppung von den größten Nachwirkungen nicht nur für Österreich, sondern auch für Zentraluropa sein könnte. Auf deutscher Seite besteht die freundliche Bereitwilligkeit, im Rahmen des eigenen Könnens dem bedrängten Brudervolke, wo irgend möglich, Hilfe zu leisten. Weitere Verhandlungen über die sich hierbei ergebenden konkreten Aufgaben löschten sich

an die Berliner Besprechungen an. Nach Wiener Korrespondenzmeldungen verläuft, daß Österreich eine Unterstützung auf wirtschaftlichem Gebiete durch Lieferung von Rohstoffen von Deutschland zugestanden worden sei.

## Welt und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Währungspläne	24. 8.		23. 8.		Stand 1. 8. 14
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.	
Dolland 100 Kron.	76803,75	77096,25	56970,50	56470,50	170 Mt.
Dänemork 100 Kron.	22648,35	42875,45	31260,85	31589,15	112 "
Schweden 100 Kron.	22634,25	22665,75	363 2,00	36448,00	112 "
Norwegen 100 Kron.	33057,50	33042,50	25118,35	25181,65	112 "
Schweiz 100 Kron.	—	—	27585,50	27694,50	72 "
Amerika 1 Dollar	1972,5	1977,47	1133,23	1441,8	4,40
England 1 Pf.	8345,90	8351,10	6485,90	6433,10	20,20
Frankreich 100 Kron.	—	—	11435,65	11404,35	80 "
Belgien 100 Kron.	14531,75	1463,25	10 98 33	10014,65	80 "
Italien 100 Kron.	—	—	6483 95	6483 10	30 "
D. Herr. 100 Kron.	1,95	2,02	1,66	1,72	85 "
Ungarn 100 Kron.	99,87	100,12	84,59	85,11	85 "
Polen 100 Kron.	8441,90	8458,10	8038,65	8081,25	—

Berlin, 24. August. Stand der Valenmark: 23,50 W.

\* Getreidebesatz im Sibirien. Der bevollmächtigte Vertreter des Ernährungsvollkommissariats im Sibirien meldet, daß der Sibirien nach Bedarf des eigenen Bedarfs 20 Millionen Kub Getreide, davon 15 Millionen Kub Weizen, ausführen kann. Die Staatsmüllerei an den Eisenbahnen können monatlich 1 1/2 Millionen Kub Mehl liefern.

\* Englische Kohlen für Amerika. Nach einer Meldung aus New York teilt die Kriegsstoffkommission mit, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien Verträge über die Lieferung von 600 000 Tonnen englischer Kohle innerhalb des nächsten Monats abgeschlossen worden sind.

## Neueste Meldungen.

Der Verkaufspreis der Waren.

Berlin. Der Reichsverband der deutschen Kolonialwarenhändler fordert in einer Eingabe an den Reichsernährungsminister das Recht, als Verkaufspreis den am Tag des Verkaufs nachweisbar geltenden Wiederbeschaffungspreis zugrunde zu legen, zuzüglich eines allgemeinen Aufschlags für die allgemeinen Geschäftszwecke.

Polnisch-Oberschlesien ohne Nahrungsmittel.

Breslau. Polnisch-Oberschlesien steht heute ohne das Notwendigste zum Lebensunterhalt da, ausverkauft, ausgepöbert, ohne Nahrung und Kleidung. Die Beamten haben heute, im dritten Monat der polnischen Verwaltung, ihr Gehalt noch nicht bezogen, sondern müssen nach wie vor von Vorkäufen leben.

Zwangmaßnahmen gegen den Ausverkauf in Kalibor.

DA. Kalibor. In Kalibor haben die Gewerkschaften, um den Ausverkauf an tschechische und polnische Reisende zu verhindern, um Arbeitsregeln erlassen und folgende Forderungen gestellt: 1. Änderung von deutlich lesbaren Preisen an den Waren in Schaufenstern und Geschäften. 2. Einstellung der Warenverkäufe an die Ausländer. 3. Schärfe Überwachung der Ausländer am Bahnhof und an den Ausgängen der Stadt durch besonders zu ernennende Kommissionen. 4. Einhaltung angemessener Verkaufspreise für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Witt über die schwarze Schmach.

Rom. Der frühere italienische Ministerpräsident Witt schreibt über die schwarze Schmach im Osten Deutschlands: „Im Interesse der menschlichen Würde halte er es für richtig, nicht wiederzugeben, was in den von ihm in Deutschland, England und Amerika gefassten Ästen über die schwarze Schmach erzählt wird. Der Schmerzschrei der deutschen Frauen trifft unsere Seele. Er ist der fürchterliche Vorwurf, der christlichen Völkern gemacht wird, die angeblich mehrere Jahre für den Triumph der „Zivilisation und Gerechtigkeit“ gekämpft haben.“

## Ave Maria.

Roman von Felix Neumann.

„Rein Stieffohn“ — Sie betonte das „Stieff“, denn sie wollte noch als junge Frau gelten — „ist ein jamaikanischer Bildhauer und -sammler. Und da ich dasselbe von Ihnen, Monsignore, hörte, so werden die Herren ja manchen Anknüpfungspunkt haben.“

Der geistliche Herr ergriff eine der Miniaturen, die ihm der Graf hinhielt.

„Ich kann mich an Fachkenntnis nicht mit Ihrem Herrn Stieffohne messen, Frau Gräfin. Doch aller heißer Bemühungen, in die Materie restlos einzudringen, bin ich doch nur ein — sagen wir „begabter Laie“ auf diesem Gebiete geblieben. Auch habe ich nicht die Mittel, um meiner Leidenschaft erhebliche Opfer zu bringen.“

Die Dame lachte. „Ja — was mein Stieffohn für seine Bilder ausgibt — direkt und indirekt — so zum Beispiel für Reisen — das grenzt schon an ein hübsches Vermögen.“

Sie legte Titus, der gerade durch ein Vergrößerungsglas eine Miniatur bewunderte, die Hand auf die Schulter.

„Es wird Zeit, mein Lieber, daß du ein wenig Ablenkung bekommst. Auch deiner Gesundheit wird es nicht schaden, wenn du einmal aus deinem Sammlerleben herausgerissen wirst.“

Gräfin Titus blickte sinnend vor sich hin.

„Ich bin ja bereit, Opfer in dieser Hinsicht zu bringen,“ dabei sah er seine Mutter bedeutungsvoll an und machte eine kleine spöttische Verbeugung, „aber ganz werde ich mich von keinem Menschen meiner Liebhaberei entfremden lassen!“ Etwas eigenfönnig setzte er nochmals hinzu: „Von keinem Menschen!“

Man schweig und bewunderte die Kostbarkeiten.

„Aus welchem Jahrhundert sind die Bilder?“ Monsignore griff nach der Lupe.

„Ich habe es noch nicht mit Bestimmtheit feststellen können, doch vermute ich aus dem sechzehnten. Ich fand sie in einem schmiedigen Trödelbuden in Verona!“

Des Grafen Blick glitt lebedeoll über die kleinen Kunstwerke.

„Aber man muß suchen, um das Schöne zu finden —“

„Und es festhalten, wenn es sich einem darbietet!“ fiel die Gräfin ein, doch schien nur ihr Sohn die Bedeutung dieser Worte in richtigem Sinne zu verstehen, denn er lächelte ein bißchen malitiös.

„Und nun, Monsignore, noch einen Genuß eigener Art.“

Der Graf hielt ein Bild hoch, so daß es in vollem Lichte zu sehen war.

„Eben Sie, das kaufte ich unlängst. Die Schönheit fiel mir sofort auf, aber je länger es in meinem Besitze ist, um so mehr komme ich zu der Erkenntnis, daß es sich um eine ganz prachtvolle Arbeit eines noch jungen Genies handeln muß. Nur konnte ich bisher den Maler nicht feststellen, aber ich hoffe, daß mir das noch glücken wird.“

Gräfin Titus reichte das Bild, das einen Bettelknaben darstellte, dem Geistlichen hinüber.

Der drehte es von allen Seiten umher, besah es von hinten sogar und schüttelte den Kopf. Dann fuhr er sich mit der Hand über die Stirn.

„Ja — gefälligst es Ihnen nicht, Monsignore?“

Der Graf blickte sein Gegenüber etwas erstaunt und enttäuscht an.

„Rein — nein, das Bild ist wundervoll, ganz wundervoll, aber —“ wieder legte sich die Denkerstirn des Herrn Ampfenberg in Falten: — „ich glaube mich bestimmt zu erinnern, daß ich das Bild schon gesehen habe, nur weiß ich nicht mehr, wo —“

Gräfin Titus wurde unruhig.

„War es etwa in einer Galerie oder in einem Museum?“

Das würde mich schmerzen, denn in diesem Falle hätte ich wohl nur die Kopie eines mir bisher unbekanntes Kunstwerkes erworben.“

„Maria brachte es mir, als wir vor einigen Wochen bei Klara waren. Sie sagte, daß sie von einer Freundin habe, es handle sich um eine gute Tat, eines notleidenden Künstlers zu unterstützen. Der Kaufpreis, den sie nannte, war so gering, daß ich sofort zugriff.“

„Nun, dann wird doch auch Maria wohl in der Lage sein, durch Nachfrage in dem Kreise ihrer Freundinnen den Namen des Künstlers ausfindig zu machen.“

„Das hoffe ich auch, aber du weißt ja —“ hier lächelte Titus ein wenig bedrückt und lenkte die Stimme — „daß ich sie seit damals nicht mehr gesehen habe.“

Die Gräfin räusperte sich.

„Ich denke, daß wir bald von Klara Näheres hören werden.“

Monsignore war während dieses Zwiegesprächs ans Fenster getreten und betrachtete das Bild genau. Nun kehrte er mit einem besriedigten Lächeln zurück.

„Ich kann Ihnen einen Dienst erweisen, Herr Graf. Ich glaube zwar, daß ich das Bild am Rhein irgendwo gesehen hätte, als ich es aber von der Rückseite betrachtete, war es mir klar, daß ich es sogar in der Hand gehalten hatte, und nun fand ich die Spur. Der Künstler, der dies Bild kaufte, ist ein junger Maler aus München, und ich kenne ihn und seine Verhältnisse genau. Er heißt Grebenstein, wohnt draußen in Schwabing und malt zurzeit an einem Madonnenbild, das ich ihm für die Kapelle in Andernach in Auftrag gegeben habe.“

Gräfin Titus schlug mit der flachen Hand auf den Tisch.

„Den Mann muß ich kennen lernen! — Das ist ja großartig, daß er hier in München sitzt und ich nicht wieder durch die ganze Welt zu suchen brauche. Monsignore, ich danke Ihnen.“

Der geistliche Herr verneigte sich.

„Ich hätte die Absicht, heute oder morgen den jungen Künstler aufzusuchen und das fertige Madonnenbild in Augenschein zu nehmen. Es würde mir eine große Verabigung sein, wenn Sie, verehrter Graf, mit von der Partie wären und einen Teil der Verantwortung, das Schiedsrichteramt auszuüben, von meinen Schultern nehmen.“

Titus knippte mit den Fingern.

„Hamos!“ Er klingelte.

„In einer halben Stunde steht mein Wagen bereit.“

Der Diener verneigte sich und verschwand.

„Für die neue Kapelle in Andernach soll das Bild sein?“

„Ja! — Ich bin im Vorstand jenes Ausschusses, der die Kostendeckung aus privaten Mitteln übernommen hat. Ich wurde in Andernach geboren und hänge mit großer Seele an meiner Heimat.“

„Ein lieblicher Ort,“ sagte die Gräfin, die das Bild des Bettelknaben interessiert betrachtete. „Ich verstehe nicht viel von Gemälden, mein sachverständiger Herr Stieffohn lacht mich oft deswegen aus. Sowie aber sehe ich doch, daß es sich hier um etwas ganz Außergewöhnliches handelt!“

„Es liegt Geist und Temperament in dem Werke. Nur wenige Künstler verfügen über beides.“ Monsignore sagte es und gedachte der Tage, da er Walter Grebenstein im Rauche der Sommerkloster näheregetreten war. „Ich habe den jungen Maler in mein Herz geschlossen.“ Und dann erzählte er die Ergebnisse, die er aus Walters Leben kannte.

Gräfin Titus starrte während der Erzählung vor sich hin. Er war nicht brauchen im Gewühl der Schlacht gewesen, seine Kurzsichtigkeit, seine schwache Lunge schlossen jeden Heeresdienst aus.

Und doch fühlte er sich jedesmal bedrückt, wenn er von anderen hörte, die im Kriege Leben und Gesundheit geopfert hatten. „Mir war es nicht vergönnt, etwas Großes für mein Vaterland zu vollbringen, und groß ist die Tat, die mitten im Eisenhagel der letzte Mann tat!“

Die Gräfin nickte. Zwei ihrer Nefen waren geblieben.

„Du brauchst dich nicht anzulagen, Titus!“ sagte sie weich. „Was du mit deinen Armen nicht vermochtest, das tatest du mit deinen Mitteln, die dir Gott als irdisches Gut schenkte.“

Monsignore schlug das Zeichen des Kreuzes.

„Wohl dem, der Tränen trocknet und Gebreite heilt.“

Titus blickte auf. In seine Augen stieg ein warmer Glanz. Es waren nicht mehr die Gelehrtenaugen, sie blickten tiefer und spiegelten menschliches Empfinden einfacher Art.



# Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 21. August 1922.

Bei Beginn der heutigen Bezirksausschusssitzung gab Amtshauptmann Dr. Siewert bekannt, daß im Anschluß an die Sitzung eine Besichtigung der Fluren und Betriebseinrichtungen, insbesondere der Saatgutwahl und Meritokulturschulden des Rittergutes Leutewitz durch die Herren Mitglieder des Bezirksausschusses unter Führung des Rittergutsbesizers Adolf Steiger stattfinden solle. Die nächste Bezirksausschusssitzung sei in Kommahöhe geplant. Damit solle auf dem bereits eingeschlagenen Wege, den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die verschiedenen Verhältnisse und Einrichtungen im Bezirke an Ort und Stelle kennen zu lernen, fortgeschritten werden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtete der Amtshauptmann zunächst über eine im Ministerialblatt für die innere sächsische Verwaltung abgedruckte Verordnung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts, in der die Bezirksverbände und Gemeinden um Bewilligung von Freistellen oder laufenden Unterhaltungen für die Schülerheimen in den nach dem Gesetz vom 8. April 1922 in andere höhere Lehranstalten umzuwandeln den Volkshallelehrereminaren ersucht werden. Dadurch solle der Zugang Minderbemittelter zu den höheren Schulen gefördert werden, der in Artikel 146, Abs. 3 der Reichsverfassung dem Reich, den Ländern und Gemeinden zur Pflicht gemacht worden sei. Wenn es hierauf auch zunächst Sache der Gemeinden sei, untertänigst einzutreten, so könne sich doch auch der Bezirk an der Angelegenheit beteiligen, da es sich hier nicht um rein schulische Zwecke handle, die jetzt noch nicht zu den Bezirkspflichten gehören, sondern um auf die Volkswohlfahrt gerichtete, kulturelle Zwecke, an deren Förderung sich der Bezirk auch schon bisher beteiligt habe. Der Amtshauptmann verwies auf das im Bezirk befindliche Volkshallelehrereminar in Rosfen, mit dessen Umwandlung in eine höhere Lehranstalt Eltern dieses Jahres begonnen worden sei. Es sei dort zunächst eine Sertze und eine Quarta eingerichtet worden, die von 43 bzw. 44 Schülern besucht würden. Davon seien allerdings zunächst nur zusammen 7 in dem dortigen Schülerheim untergebracht. In der Aussprache befristete zunächst Bürgermeister Wendorf die Anregung, Gemeindevorstand Gildner schloß sich dem an. Nachdem der Amtshauptmann die gegenwärtigen Kosten für Wohnung und Verpflegung eines Schülers im Internat des Lehrerseminars in Rosfen auf Grund einer dortigen Kostumsurteil auf 4600 Mk. jährlich bemessen hatte, ein Betrag, der sich bei fortschreitender Geldentwertung natürlich entsprechend erhöhen würde, beschloß der Bezirksausschuß, dem Eruchen des Kultusministeriums grundsätzlich zuzustimmen, zunächst aber mit der Stadt Rosfen und nochmals mit der Seminarleitung in Verbindung zu treten und abzuwarten, welche Anmeldungen für das Schülerheim auf das Schuljahr 1923/24 vorliegen werden.

Weiter berichtete Amtshauptmann Dr. Siewert über ein Gesuch der Stadtgemeinde Siebenlehn um Unterstützung zu den Kosten der Herstellung einer Muldenüberbrückung an der Weiermühle in Siebenlehn. Der früher dort vorhandene Steg sei Anfang März d. J. durch Eisgang weggerissen und seinerzeit vom Besitzer der Weiermühle allerdings nur als Notbehelf angelegt worden. Für die Wiedererrichtung dieses Steges sei ein dringendes öffentliches Bedürfnis vorhanden, weil er den kürzesten Weg von Siebenlehn zur Bahnhofsstation Siebenlehn und nach Deutschhörn darstelle. Der Verkehr sei gegen früher wesentlich gestiegen. Die Stadt Siebenlehn, die ein lebhaftes Interesse an dem Wiederaufbau der Muldenüberbrückung habe, und auch die Stadt Rosfen, der das in der Nähe des Steges befindliche „Huthaus“, eine Gastwirtschaft, gehöre, ferner der Besitzer des „Huthauses“ und der Besitzer der „Weiermühle“, wolle sich an der Herstellungskosten beteiligen, und zwar durch Vermittel oder durch Naturalleistungen (Holzlieferungen, Stellen von Arbeitskräften zu den Bauarbeiten, oder Uebernahme der künftigen Unterhaltung der Brücke). Die ursprünglich mit 67.000 Mark veranschlagten Baukosten seien infolge der weiteren Teuerung inzwischen auf 172.000 Mark gestiegen und können ohne Beihilfen aus Bezirks- und Staatsmitteln nicht aufgebracht werden. Nach Abzug der in Aussicht gestellten Beiträge der zunächst Beteiligten blieben vorläufig noch etwa 113.000 Mk. ungedeckt. Da nicht nur örtliche Belange in Frage stünden, sondern außer Rosfen und Siebenlehn auch die Gemeinden Obergruna, Deutschhörn und Birkfeld ein Interesse an der Verklärung des sonst nötigen Umweges haben, unterstützte der Amtshauptmann das Gesuch. Nachdem sich auch Gemeindevorstand Gildner und Gemeindevorsteher Keil für die Berücksichtigung des Gesuches ausgesprochen hatten, bewilligte der Bezirksausschuß 30.000 Mk. aus verfügbaren Mitteln. Der Amtshauptmann erklärte noch, daß er den Betrag zunächst durch eine Beihilfe zu erlangen.

Den Bezirksausschuß beschäftigte die Frage der Errichtung eines Kinderheims im Wellnitz, die bereits in einer der letzten Sitzungen zur Sprache gekommen war. Amtshauptmann Dr. Siewert berichtete eingehend über die Planung. Das für die Errichtung eines Kinderheims ein Bedürfnis vorhanden sei, darüber könne kein Zweifel bestehen. Gewiss sei die Unterbringung ertüchtigter Kinder usw. in Familienpflege in erster Linie anzustreben. In den letzten Jahren sei es aber den Gemeinden immer schwieriger geworden, Familien zu finden, die zur Aufnahme fremder Kinder bereit waren. Dazu komme, daß die seinerzeit beim Landtraktantenhaus Meißen unterhaltene Kinderkation vor längerer Zeit schon infolge Erweiterung des Anwesenbetriebs eingezogen sei und auch das Kreiswaisenhaus in Birna, das verschiedene Gemeinden des Bezirkes mit Kindern belegen hätte, seine Warten demnächst schließen werde. So sei das Bedürfnis nach der Errichtung eines Kinderheims für den Meißner Bezirk ein dringendes. Die Errichtung auf dem Gebiete des Verpflegheims Wellnitz sei einmal wegen der geliebten Lage, andererseits auch deshalb besonders erwünscht, weil das Kinderheim in wirtschaftlicher Beziehung ohne weiteres mit vom Wellnitz aus verlagert werden könnte. Das Kinderheim, das etwa 40 Kindern Raum bieten würde, soll in dem abseits von den Hauptgebäuden des Wellnitztis gelegenen, früher für die Unterbringung der Zwangsarbeiter bestimmt gewesenem, reissolten Nebenhaus entstehen, das seit langem nicht mehr belegt sei und dessen Räumlichkeiten sich, wie die vom Bezirksausschuß vor einiger Zeit vorgenommene Besichtigung ergeben hatte, bei entsprechender Umgestaltung zur Errichtung des Kinderheims vorzüglich eignen. Durch Einziehen von Wänden ließen sich die beiden großen Säle leicht in mehrere Zimmer teilen. Klosettanlagen seien vorhanden, Waschräume und Bad ließen sich einrichten. An der Südseite des Hauses würde der Aufbau von Veranden erwünscht sein. Ein kleineres Zimmer als Wohnraum für die Schwestern sei bereits eingerichtet. Nach eingeholten Kostenschätzungen werden die geplanten Einbauten mit etwa 110.000 Mark berechnet. Die Kosten für Aufbau der Veranden würden sich auf etwa 80.000 bis 90.000 Mark belaufen. Die Wäsche- und Badeeinrichtung würde etwa 80.000 Mark Kosten verursachen. Die Kosten der Inneneinrichtung (Bettstellen, Säulen, Balken) liegen sich noch nicht ganz übersehen. Der Amtshauptmann schlug vor, den Kostenschätzungen der Beauftragten Rudolf Böhm in Coswig anzunehmen, und der Amtshauptmannschaft ein Berechnungsgeld von 300.000 Mark zu bewilligen. In der Aussprache bat zunächst Gemeindevorstand Gildner, den Vorsitz des Amtshauptmanns anzunehmen und besonders auch die Veranden zu bauen, um damit etwas Vollständiges zu schaffen. Obwohl auch er der Unterbringung der Kinder in Familienpflege den Vorzug gebe, zeige doch die Erfahrung, die er besonders als Vorsitzender des Gemeindefürsorgeverbandes Meißen-Land mache, daß ohne Anstaltspflege nicht auszukommen sei. Der Bezirk würde nach Ausbau des Kinderheims eine vorbildliche Einrichtung besitzen. Nachdem noch Geschäftsführer Schmidt dem Plane ebenfalls zugestimmt und angemerkt hatte, zur Bewilligung der Kinder eine dazu besonders geeignete, wenn möglich in der Kinderpflege ausgebildete Schwester einzustellen, beschloß der Bezirksausschuß einstimmig nach dem Vorschlage des Amtshauptmanns.

Angesichts der unläuternden Verhältnisse auf dem Devisenmarkt und der dadurch gebotenen Eile hatte der Amtshauptmann Anfang dieses Monats die Zustimmung des Bezirksausschusses schriftlich eingeholt, einen Betrag bis zu 10 Millionen Mark, der teils aus städtischen Mitteln, teils im Wege des Kredits aufzubringen sein würde, zur Beschaffung böhmischer Braunkohle bereitzustellen und die Amtshauptmannschaft zur Verfügung über denselben zum Zwecke des Kohlenbezugs zu ermächtigen. Zu diesem Vorgehen sah sich der Amtshauptmann mit Rücksicht auf die Lage der Kohlenverföhrung, die sich immer schwieriger gestaltet, veranlaßt. Während in den vergangenen Jahren wenigstens in den Sommermonaten eine leidliche Versorgung der Verbraucher möglich war, seien die Eingänge an inländischer Kohle in diesem Jahre so gering, daß die Ausläufer der Kohlenverföhrung für den kommenden Winter die denkbar trübsten seien. Um die mangelnde Inlandsverföhrung einigermaßen auszugleichen, habe der Reichskommissar die hierzu gänzlich geeigneten Bezirke auf den Bezug ausländischer Kohle verwiesen und sei ihnen infolgedessen entgegengekommen, als er um Bezug von ausländischer Kohle vorläufig eine größere Menge Auslandsbezugscheine abgab, die nur zur Hälfte auf das Gesamtvermögen anzurechnen werden sollen. Es sei dringend notwendig erschienen, von dieser Möglichkeit ausgiebigen Gebrauch zu machen, da für den kommenden Winter sich erhebender Bedarf nur durch Beschaffung einer größeren Kohlenreserve im Wege des Bezugs böhmischer Braunkohle vorgebeugt werden könne. Der derzeit allerdings hoch erscheinende Preis könne nach Aufassung der Amtshauptmannschaft keine ausschlaggebende Rolle spielen, da bei der fast monatlichen Steigerung der Preise für inländische Braunkohle, die annehmbar, eine weitere Steigerung erfahren werden, der noch verbleibende Preisunterschied durch die wesentlich höhere Heizkraft der böhmischen Kohle ausgeglichen werde und es jedenfalls besser sein werde, leistungsfähige Kohle an der Hand zu haben, als gar keine. Mit dem Bezug böhmischer Kohle sei schon begonnen worden, auch seien die zum weiteren Bezug nötigen Devisen zu einem gegenüber dem jetzigen noch günstigen Kurse beschafft worden. Der Bezirksausschuß nahm von dem Ergebnis der schriftlichen Umfrage Kenntnis und billigte nochmals einstimmig das Vorgehen des Amtshauptmanns.

In der letzten Bezirksausschusssitzung, die während der Verhandlung des Amtshauptmanns stattgefunden hatte, war der Wunsch geäußert worden, die Frage der Einverleibung des Rittergutes Scharfenberg nach Rauschadt noch einmal auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen. Amtshauptmann Dr. Siewert gab demzufolge über die Angelegenheit nochmals einen Überblick. Der ganze Sachverhalt und die Rechtslage seien in der Bezirksausschusssitzung am 30. Januar 1922 von ihm eingehend zum Vortrag gebracht worden. Es sei in der letzten Sitzung von einem der Herren Bezirksausschusssmitglieder behauptet worden, der Bezirksausschuß sei seinerzeit nicht richtig orientiert worden, insbesondere sei ein bei den Akten befindlicher Plan nicht vorgelegt worden. Er könne diese Behauptungen nur aus nachdrücklichen Gründen zurückweisen. Was zunächst den Plan betreffe, so habe dieser damals noch gar nicht vorgelegen. Er sei vom Gemeinderat zu Scharfenberg erst in seinem im Februar an das Ministerium des Innern und die Landtagsfraktionen gerichteten Eingaben eingereicht worden. Das der Tatbestand eingehend zum Vortrag gelangt sei, ergebe sich aus den Berichten, die über die Sitzung vom 30. Januar in den Zeitungen, u. a. im „Meißner Tageblatt“, abgedruckt worden seien. So hebe es in dem Berichte des „Meißner Tageblattes“ unter anderem: „Wem sich das Rittergut auch an die Gemeinde Scharfenberg hätte anschließen können und von dieser auch bei der Amtshauptmannschaft ein dahingehender Antrag gestellt worden sei, so habe es nach den derzeit gültigen gesetzlichen Bestimmungen doch die Wahl, mit welcher der benachbarten Gemeinden es sich vereinigen wolle. Da die Gemeinde Rauschadt ebenfalls unmittelbar an die Rittergutsflur Scharfenberg grenze, sei die Einverleibung des Rittergutes in die Gemeinde Rauschadt zulässig“, und dann weiter am Schlusse des ausführlichen Zeitungsberichts: „Der Bezirksausschuß nahm Kenntnis, genehmigte einstimmig den Einverleibungsvertrag, insbesondere auch die in ihm enthaltenen feuerlichen Bestimmungen.“ Der Bezirksausschuß habe also seinerzeit die Einverleibung des Rittergutes Scharfenberg nach Rauschadt beschlossen. Der Gemeinderat zu Scharfenberg habe von dieser Einverleibung in seiner Sitzung vom 14. Februar Kenntnis genommen und beschloß, eine Eingabe an das Ministerium des Innern und die Landtagsfraktionen zu richten, um zu erreichen, daß in dem in Vorbereitung befindlichen Gesetze über die Einverleibung der Rittergüter Bestimmungen getroffen werden, die es ermöglichen, das Rittergut Scharfenberg für die Gemeinde Scharfenberg zu reklamieren und die Einverleibung nach Rauschadt für unzulässig zu erklären. Das Nachtragsgesetz über die Eingemeindung selbständiger Gutsbezirke sei inzwischen und zwar unter dem 22. Mai 1922, erlassen worden. Nach seinem Wortlaut konnten nur solche Einverleibungen rückgängig gemacht werden, die ohne Genehmigung des Bezirksausschusses erfolgt seien. Im vorliegenden Falle erscheine es also nicht möglich, daß an der Einverleibung des Rittergutes Scharfenberg nach Rauschadt etwas geändert werde, da der Bezirksausschuß sie genehmigt habe. Gleichwohl habe der Gemeinderat Einspruch erhoben, der aber von der Kreisverwaltung zurückgewiesen worden sei. Hierauf habe sich der Gemeinderat an das Ministerium gewendet und dieses habe durch die Kreisverwaltung erneut die Akten eingereicht, die ihm bereits vorgelegen hätten. Die Angelegenheit unterliege daher jetzt der Entscheidung des Ministeriums. In der Aussprache nahmen Gemeindevorsteher Keil und Geschäftsführer Schmidt das Wort. Ersterer stimmte ohne weiteres dem zu, daß nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen der Bezirksausschuß keine andere Stellung, als die bestehende, einnehmen konnte. Auch habe er sich davon überzeugt, daß der erwähnte Plan seinerzeit der Amtshauptmannschaft nach gar nicht vorgelegen habe. Geschäftsführer Schmidt führte eine Behauptung des Gemeinderates an, daß die Gemeinde Scharfenberg über die Einverleibung des Rittergutes Scharfenberg nach Rauschadt durch die Amtshauptmannschaft nicht besonders beschieden worden sei. Der Amtshauptmann erwiderte darauf, daß die Bescheidung unrichtig sei, weil die Gemeinde Scharfenberg nach der damaligen Rechtslage ein Einpruchsrecht gegen die Einverleibung nicht gehabt habe, andererseits weil angenommen werden konnte, daß die Gemeinde aus den Zeitungsberichten von dem in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusse Kenntnis erhalten würde und daß außerdem der Besitzer des Rittergutes Scharfenberg der Gemeinde Scharfenberg seinerzeit von der nach Rauschadt vollzogenen Einverleibung und davon, daß sich die Funktionen, die der Gemeindevorstand zu Scharfenberg bisher für das Rittergut ausgeübt habe, vom 1. April 1922 ab erledigen, entsprechende Anzeige machen würde. Daß die Gemeinde Scharfenberg tatsächlich von der Eingemeindung des Rittergutes Scharfenberg nach Rauschadt Kenntnis genommen habe, ergebe sich aus dem in den Gemeindefakten zu lesenden Beschlusse des Gemeinderates und den Eingaben des Gemeinderates vom 10. Februar an das Ministerium des Innern und die Landtagsfraktionen. Zum Schlusse bemerkte der Amtshauptmann, daß sich übrigens nicht habe voraussetzen lassen, wie das in Vorbereitung befindliche Nachtragsgesetz ausfallen würde. Es hätte damit gerechnet werden können, daß rückwirkend alle der Tendenz des Nachtragsgesetzes widersprechenden Einverleibungen von Rittergütern aufgehoben werden könnten, die vor dem Erlasse des Gesetzes beschlossen worden waren, gleichgültig, ob der Bezirksausschuß den Einverleibungsvertrag vorher genehmigt habe oder nicht. Der Bezirksausschuß nahm von dem vorgetragenen Sachverhalte Kenntnis.

Der Amtshauptmann machte weiter Mitteilung davon, daß der Besitzer des Freigutes Adowitz es bisher abgelehnt habe, den Vertrag über die Einverleibung des Freigutes mit der Gemeinde Sadowitz, über den in einer Verhandlung im Januar dieses Jahres allenthalben Einigung erzielt worden war, zu unterzeichnen. Da bereits 4 aller Rittergüter des Bezirkes einverleibt seien und der Rest im Laufe der nächsten Zeit werde einverleibt werden, sehe sich die Amtshauptmannschaft gezwungen, dem Bezirksausschuß und dem Ministerium des Innern die zwangsweise Vereinigung des Freigutes Adowitz mit der Gemeinde gleichen Namens unter den bei der Verhandlung im Januar zwischen den Beteiligten be-

trachteten verordneten Bedingungen vorzuschlagen. Der Bezirksausschuß beschloß demgemäß.

In der letzten Bezirksausschusssitzung wurde die endgültige Genehmigung des Vertrages über die Vereinigung des Rittergutes Staucha mit der Gemeinde Niederstaucha, der den Bezirksausschuß schon im Dezember v. J. beschickt hatte und von ihm bedingungsweise genehmigt worden war, ausgeföhrt, solange nicht gewisse Vertragsänderungen vorgenommen und die Verträge dem Inhalte des von der Amtshauptmannschaft aufgestellten Musterentwurfes angepaßt worden seien. Der Amtshauptmann gab bekannt, daß dies inzwischen geschehen sei. Er wies weiter auf den von der Gemeinde Oberstaucha im Anschluß an die Sitzung des Bezirksausschusses im Dezember v. J. erhobenen Einspruch gegen die Einverleibung des Rittergutes Staucha nach Niederstaucha und den von ihr gestellten Antrag auf dessen Vereinigung mit Oberstaucha hin, der damit begründet worden sei, daß die Rittergutsgebäude näher an Oberstaucha als an Niederstaucha liegen. Dies sei zwar richtig, jedoch sei auch die Entfernung der Rittergutsgebäude von der Gemeinde Niederstaucha eine sehr geringe, und die Rittergutsflurgrenze zum weitaus größten Teile an die Gemeinde Niederstaucha. Im übrigen bildeten die beiden Gemeinden Ober- und Niederstaucha in ihrer früheren Einteilung ein geschlossenes Ganze, so daß die Vereinigung beider Gemeinden angestrebt werden müsse, sobald das neue Gesetz über die Gemeindeverfassung verabschiedet sei. Jedenfalls käme er vor, die bereits früher grundrichtlich getätigte Einverleibung des Rittergutes Staucha mit Niederstaucha nunmehr endgültig zu genehmigen. Rittergutsbesitzer Steiger und Gutsbesitzer Schreiber beklagten die Ausführungen des Amtshauptmanns aus eigener Kenntnis der örtlichen Verhältnisse heraus und wiesen besonders darauf hin, daß der größte Teil der Rittergutsgrundstücke einschließlich eines Borswerkes inmitten der Gemeinde Niederstaucha liege. Demzufolge beschloß der Bezirksausschuß einstimmig, den Vertrag über die Vereinigung des Rittergutes Staucha und des Lehngutes Wilschütz mit der Gemeinde Niederstaucha zu genehmigen, Anträge, die auf eine Vereinigung des Rittergutes und des Lehngutes Wilschütz mit der Gemeinde Oberstaucha gerichtet seien, aber abzulehnen.

(Schluß folgt.)

## Uns Stadt und Land.

Wilsdruff, am 25. August.

### Erste Herbstboten.

Obwohl wir noch mitten im Hochsommer stehen, macht sich doch ganz leise und unauffällig im Organismenreich schon eine Umstellung auf die kommenden schlechteren Lebensverhältnisse des Winters bemerkbar. Wehmutsvoll wird mancher Naturfreund schon die Vorbereitungen beobachtet haben, mit denen sich seine geliebten Lieblinge zur Abreise nach dem warmen Süden rüsten. Die Stare haben längst ihre Nistkästen im Garten verlassen und ziehen in wolkenartigen Schwärmen über Wiesen und Felder dahin. Kiebitz und Störche sammeln sich auf feuchten Wiesen. Die Schwalben fliegen auf Telegraphenbräden, auf Dächern und Scheunen, ja selbst auf Wegen in großen Scharen beieinander und halten ununterbrochen Zwiesprache, gerade als wollten sie noch wichtige Beratungen über ihre Abreise abhalten. Da, der Mauersegler, der bis vor kurzem noch mit seinem gellenden „Scrib, scrib!“ der Insektenjagd oblag, ist bereits abgezogen. Mit großer Regelmäßigkeit begibt sich dieser Vogel in den ersten Tagen des August auf die Reise, auch das schönste und wärmste Sommerwetter hält ihn nicht gehalten, wie auch die frühen und heißen Tage des Juli ihn nicht dazu verleiten konnten, schon früher als sonst seine Abreise anzutreten. Neuntöter, Pirol und Gartenpöter werden ihm in diesen Tagen folgen. Auch die ersten nordischen Durchzügler haben unsere Gefilde bereits erreicht. Wie lange wird es dauern, und auch die meisten unserer heimischen Vögel ziehen von dannen — Herbststahren!

Warum ist es heute so kalt? Die eigentliche Ursache des seltsamen Wetters dieses Jahres kann leider nicht genau festgestellt werden. Nicht einmal auf dem Kongreß der Meteorologischen Gesellschaft, der vor einigen Wochen tagte, konnte man zur eindeutigen Ermittlung der Ursachen gelangen, die der besonderen Kälte des Frühjahrs zugrunde lagen. Aber die Mehrheit der Forscher scheint der Annahme zuzuneigen, daß die Anhäufung großer Eismassen im Nordatlantischen Ozean die eigentliche Ursache dieser Erscheinung darstellt. Genauere Angaben lassen sich deshalb kaum machen, weil die bei allen Theorien in Frage kommenden Vertikalerien außerhalb der Wetterkarte liegen. Die europäische Wetterkarte reicht nördlich bis Island, westlich bis zum 20. Längengrad, südlich bis Sizilien, östlich bis zum Schwarzen Meer, Moskau, Ardanagelst.

Aus dem Landtag. Der Rechtsausschuß des Landtages wird zur Beratung der ihm geföhrt von der Volksversammlung überwiesenen Vorlage betreffend Volksbegehren und des dazu gehörigen sozialdemokratischen Antrages am 31. d. M. vormittags zusammentreten. Die nächste Sitzung des Landtages ist für den 6. September, vormittags 11 Uhr, in Aussicht genommen.

Das sächsische Wirtschaftsministerium und die Technische Nothilfe. Durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei läßt das sächsische Wirtschaftsministerium erklären, daß es mit der Weiterarbeit der Technischen Nothilfe nichts zu tun habe und daß es unrichtig sei, wenn der Ansicht zu erweisen versucht wurde, als stünde hinter der Weiterarbeit der Technischen Nothilfe in der Postbeamtenschaft das sächsische Wirtschaftsministerium.

Das Arbeitnehmerkammergesetz. Wie schon mitgeteilt, veröffentlicht das sächsische Arbeitsministerium den Entwurf eines Arbeitnehmerkammergesetzes, nach dem in Sachsen eine Landesarbeitnehmerkammer und 5 Bezirksarbeitnehmerkammern errichtet werden sollen. Die fünf Bezirke sollen denen der Gewerbelammern (Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zittau) entsprechen. Die Kammern sollen Körperschaften des öffentlichen Rechts sein. Die Landesarbeitnehmerkammer soll aus 100 Mitgliedern, und zwar aus je 20 der fünf Bezirksarbeitnehmerkammern, die Bezirksarbeitnehmerkammer aus 60 Mitgliedern bestehen. Die Landesarbeitnehmerkammer soll sich aus vier Fachabteilungen, und zwar aus der Fachabteilung A für Handel, Industrie und Bergbau mit 45 Mitgliedern, B. Handwerk und Kleingewerbe mit 15 Mitgliedern, C. Land- und Forstwirtschaft mit 30 Mitgliedern, D. die anderen Gewerbe und Berufszweige mit 10 Mitgliedern zusammensetzen. Die Bezirksarbeitnehmerkammern gliedern sich in entsprechender Weise. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben sollen sich die Kammern insbesondere über den Erlaß und die Wirkung von Gesetzen, Verordnungen und Berufsstatuten vor Erlaß gutachtlich äußern, aber auch sonst Wünsche, Beschwerden, Anregungen und Anträge an die Regierung gelangen lassen. In ihren Aufgabekreis fällt nicht die Beratung und Beschlußfassung über Fragen, deren Behandlung nach reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen anderen Stellen übertragen ist. Die Mitglieder der Bezirksarbeitnehmerkammern sollen nach Maßgabe eines besonderen Wahlgesetzes von den im Bezirk tätigen Arbeitnehmern aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundzügen der Verhältniswahl auf drei Jahre in der Weise gewählt werden, daß alle Arbeitnehmer, die Angehörige der in derselben Fach-



gruppe vertretenen Gewerbezeige sind, zwecks Wahl der Vertreter in dieser Fachgruppe je einen Wahlkörper bilden.

Zur Verhinderung des Ausverkaufs Sachsens sind jetzt neue, außerordentlich scharfe Maßnahmen getroffen worden. Der Dresdner Hauptbahnhof wird von einer Schar Beamten überwacht, und vor allem sind an der sächsisch-böhmischen Grenze seit gestern und vorgestern auf beiden Seiten alle Überwachungen bedeutend verstärkt worden, namentlich auch die geheime Grenzkontrolle in Form verkleideter Beamter. Die Erfolge sollen denn auch bereits recht beträchtliche sein.

Zusammenschluß von Gemeinden. Die Gemeinden Rabenau, Tharandt, Dippoldiswalde, Zanderode und Weißig haben sich zu dem Klassenprüfungsverbande Weiskirchen zusammengeschlossen, um die Prüfung ihrer Kassen und Rechnungen gründlicher, einheitlicher und billiger vornehmen lassen zu können. Der Beitritt weiterer Gemeinden und Gemeindeverbände steht bevor.

Die neue 500-M-Rote. Kaum eine Woche ist die neue 500-M-Rote im Verkehr und schon zeigen sich Mängel. Die ursprünglich blütenweiße Note nimmt so leicht Schmutz an, daß viele von ihr bereits den braunen Ton der 20-M-Noten zeigen und werden dadurch unansehnlich. In Zukunft wird man doch wieder andersfarbiges Papier verwenden müssen!

Verlegung der Rinderchau und -Versteigerung in Großenhain. Die vom Landesverband sächsischer Herdbuchgesellschaften für den 2. September 1922 in Großenhain geplante Rinderchau und -Versteigerung findet bereits am 31. August 1922 in der Husarenkaserne in Großenhain statt.

Auch ein Zeichen der Zeit. Nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes haben im zweiten Vierteljahr die Hundeschlachtungen um mehr als 100 Prozent zugenommen, denn im zweiten Vierteljahr 1922 wurden nicht weniger als 1216 Hunde gegen 511 im gleichen Zeitabschnitte des Vorjahres der Schlachtkant zugewandt, wovon allein 647, also mehr als die Hälfte, auf die Kreishauptmannschaft Chemnitz entfallen. Die Hengschlachtungen gehen dagegen abnehmend zurück, denn die Ziege gewinnt als Milchlieferant immer größere Bedeutung. Geschlachtet wurden in Sachsen im zweiten Vierteljahr 1920 12235, im selben Zeitraum des Jahres 1922 nur noch 11610 Ziegen.

Kesselsdorf. Ein überaus frecher Diebstahl ist in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag im Oberen Gasthof ausgeführt worden. Unbekannte Diebe sind dort in den Dühnerstall eingedrungen und haben sämtliche 21 Hühner abgeschlachtet und mitgenommen. Nur eine Gluckhenne mit ihren Schippen ließen sie zurück.

Erbau. In der letzten Stadtgemeinderatsitzung fragte ein Vertreter der Linken an, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung gegen den Ausverkauf der Stadt durch Ausländer zu treffen gedenke. Bürgermeister Dr. Schaar-Schmidt erklärte unter Hinweis auf die gleiche Anfrage im Zittauer Stadtparlament, daß es gegen das Ausländerunwesen keinen Schutz gebe. Der beste Schutz sei der, daß die Geschäfte an Ausländer nicht verkaufen. Der Vertreter der Linken erklärte, daß sich die Arbeiterschaft dann selbst helfen würde. Die Stadt will auch in diesem Winter den Minderbemittelten Kohlen verbilligen, und zwar soll jede Person 5 Zentner zum halben Preise erhalten, wofür 125 000 M. ausgeworfen sind.

Thierbach. Auf Anregung des Gemeindevorstandes haben sich sämtliche Landwirte hiesigen Ortes bereit erklärt, den mangelhaften Verhältnissen unserer Kirch- und Körnerspende ein Ende zu bereiten, indem sie in eine Geld- und Körnerspende einwilligen. Jeder Landwirt gibt ungefähr pro Acker 2 Pfund Körner ab. Dadurch fließen der Kirchkasse annähernd 28 000 M. zu.

Chemnitz. In dem Grundstück Uhlischstraße 5 stürzte der dreijährige Knabe des Handarbeiters Kambach aus dem 4. Stockwerk in den Hof. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod feststellen.

Hohenstein-Ernstthal. Welch große Wohnungsnot hier herrscht, geht daraus hervor, daß bei 610 Wohnungsuchenden jeder 25. Einwohner in der Wohnungsliste vorgemerkt ist. Berücksichtigt man, daß nur Einwohner vom 25. Lebensjahre ab für die Zuteilung in Frage kommen, so erhöht sich dieser Prozentsatz noch bedeutend.

Glauchau. Der Bezirksausschuß nahm eine Entschließung an das Wirtschaftsministerium um Maßnahmen gegen die sprunghafte Preissteigerung auf allen Gebieten an und beschloß gleichzeitig, durch eine siebenköpfige Kommission wegen der schlechten Auslandswarebeschaffenheit bei der Reichsgroßhandelsstelle vorstellig zu werden.

Müllers St. Micheln. Ein glänzendes Beispiel für eine Hilfsaktion. Die Hilfsaktion für die Ortsarmen hat ein glänzendes Ergebnis gebracht. In unserem Dorfe wurden gesammelt 21 150 M. in bar, 11,5 Zentner Roggen, 21,5 Zentner Kartoffeln, 1,5 Zentner Weizenmehl, 19 Zentner Kohlen, 20 Pfund Nudeln, für 20 Frauen Kleiderstoffe und Stoffe für 15 Herrenanzüge. Demnach erhalten die vom Fürsorgeausschuß ausgewählten hilfsbedürftigen Personen einen nennenswerten Geldbetrag, pro Person und Woche vom Herbst bis zum Frühjahr je ein 3-Pfund-Brot, Kartoffeln usw.

Werdau. Städtische Tischlerwerkstatt. Die Stadtvertretung hat die Errichtung einer Tischlerei für die städtischen Tischlerarbeiten beschlossen.

Zwidau. Am benachbarten Oberhohndorf wurde eine Gutbesitzerhebrau wegen Mißpantischerie zu 5000 M. Geldstrafe oder 50 Tage Gefängnis verurteilt.

Schwarzenberg. Bei der Rettung seines Kindes den Tod gefunden hat der Sägewerksbesitzer Rein. Sein Söhnchen fiel in den nahe bei der Brettläge befindlichen tiefen Teich. Der Vater rettete es, wurde aber dabei von einem Herzschock getroffen und sank in das Wasser zurück, aus dem er erst nach längerer Zeit tot geborgen werden konnte.

Brambach. Wie gemeldet, sollte bei einem Ueberfall auf den Filialleiter der Bankfirma Reinhold & Lausner im Dienstzimmer durch zwei Männer der Geldschrank ausgeraubt worden sein, nachdem der Beamte besinnungslos am Boden gelegen habe. Mit der geraubten Summe, etwa 300 000 M. in deutschem und tschechischem Gelde, seien die Gauner entkommen. Da der Bankbeamte eine erhebliche Wunde am Kopfe hatte, stellte die alsbald vom Vorfall in Kenntnis gesetzte Gendarmerie sofort Nachforschungen an. Jetzt ist es gelungen, die Angelegenheit aufzuklären. Der Bankbeamte, ein 23 Jahre alter Mann namens Kratsch aus Plauen, hat den Ueberfall erfunden und ist der Staatsanwaltschaft in Plauen zugeführt worden. Für die Wiedererlangung des Geldes hat die geschädigte Firma 40 000 M. Belohnung ausgesetzt.

### Schöffengericht Wilsdruff am 26. August 1922.

Verhandlungsleiter: Herr Amtsgerichtsrat Dr. Fiselius-Tharandt. Schöffen: Die Herren Schmiedemeister Richard Lohner-Wilsdruff und Maschinenarbeiter Scheibe-Wilsdruff.

Der Filialleiter B. in Chemnitz war mittels Straßbefehl von der Amtshauptmannschaft Reichen zu 200 M. verurteilt, weil er in Kesselsdorf eine Strecke von 300 Meter mit seinem Personenauto in 28 Sekunden durchfahren hatte. Das Ergebnis hatten die daselbst aufgestellten, mit Stoppuhren versehenen Polizeibeamten ermittelt. Da in geschlossenen Ortschaften nach dem Gesetz für den Verkehr mit Automobilen nur eine Höchstgeschwindigkeit von 15 Kilometer pro Stunde zulässig ist, der in Strafe Genommene aber nach Obigem mit einer Geschwindigkeit von 38 Km. gefahren ist, so lag offensichtlich eine Gesetzesübertretung vor. Der Befragte, welcher selbst in Automobilangelegenheiten beim Landgericht in Chemnitz verurteilt ist, ludte in berehenden Worten seine Freisprechung noch vor Eintritt in die Verhandlung mit der Motivierung zu erreichen, daß stillschweigend bei einer Höchstgeschwindigkeit bis zu 25 Km. von einer Anzeige abgesehen würde, wurde vom Vorsitzenden befehligt, daß das Gericht den Gesetzesstandpunkt einnehmen und auf eine Bestrafung zu kommen müsse, da derselbe selbst zugegeben habe, mit einer Stundengeschwindigkeit bis zu 20 Km. auf der fraglichen Strecke gefahren zu sein. Der Einspruch wurde darauf zurückgezogen und es blieb bei der verhängten Strafe. Allgemeine Heiterkeit erregte es im Verhandlungssaal, als der Befragte den als Zeuge daselbst anwesenden Polizeibeamten, welcher die Anzeige erstattet hatte, einlud, mit ihm nach Dresden in seinem Auto zu fahren, um recht bequem nach seinem Stationsort zu gelangen.

Die in der Besserungsanstalt Saalhausen zur Zeit untergebrachte, aus G. bei Bayreuth gebürtige, schon dreimal wegen

Diebstahl vorbestrafte Dienstmagd H. war angeklagt, ein Dirndlkleid aus einer Kommode der Gasthofsbesitzerin Beder in Hühndorf gestohlen zu haben. Die Diebin hatte die Freibeit, das gestohlene Kleid unter ihr eigenes im Aboranzuziehen und sich mit der Familie Beder an den Tisch zum Essen zu setzen. Da die D. erst an diesem Tage als Hausmädchen gemietet worden war, bat sie, zuvor noch einmal zu ihren Eltern gehen zu dürfen, um diese hieron zu verständigen. Nach ihrer Angabe will sie bei der Kämmerin in Hühndorf das gestohlene Kleid ausgezogen haben. Das Schöffengericht erkannte wegen Rückfallsdiebstahl auf 3 Wochen Gefängnis.

### Kirchennachrichten — 10. Sonntag n. Trin.

Predigtort: Rom. 1, 16—25.

#### Wilsdruff.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Christenlehre für die männliche Jugend. — Abends 7,30 Uhr Ev.-luth. Jungmännerverein (Pfarre).

Mittwoch, abends 7,30 Uhr, Bibelstunde.

#### Grumbach.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst. — Montag, Dienstag und Freitag Posaunenchor. — Sonnabend geistliche Abendmuffel im Ober- und Unterdorf.

#### Sora.

Vorm. 8 Uhr Hauptgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst (Kl. 1).

#### Rödersdorf.

Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst (Pf. Lic. Balthar, Kaufstadt).

#### Limbach.

Vorm. 8,30 Uhr Predigtgottesdienst.

#### Wankenstein.

Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 9,30 Uhr Kindergottesdienst.

### Wettermitteilungen

#### und mehrtägige Wettervorhersage.

Die Depression ist, wie erwartet, gegen das Ostseegebiet vorgezogen. Ihre südlichen Randströmungen haben bei uns böiges Wetter mit zeitweiligen Regenfällen und starke Abkühlung hervorgerufen. Nunmehr bringt von SW her Hochdruck kräftig gegen den Kontinent vor. Unter seiner Einwirkung wird die Witterung eine Besserung erfahren, deren Bestand aber bereits durch eine neue im Westen der britischen Inseln angeordnete Depression bedroht ist.

### Dresdner Schlachtviehmarkt am 24. August.

Austrieb: 1. Rinder: a) 4 Ochsen, b) 2 Bullen, c) 25 Kalben und Kühe, 2. 426 Rinder, 8. 3 Schafe, 223 Schweine. Preise in Mark für Lebens- und Schlachtgewicht: a) Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewässerte, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 5600 bis 5800, Durchschnitt 104, 2. junge, fleischige, nicht ausgewässerte, ältere ausgewässerte 5200 bis 5400, Durchschnitt 102, 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 4600 bis 4800, D. 101, 4. gering genährte jeden Alters 3200 bis 4200, Durchschnitt 92,50; b) Bullen: 1. vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes 6800 bis 6900, D. 98,50, 2. vollfleischige jüngere 4900 bis 5100, D. 91,00, 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 4100 bis 4600, D. 83,75, 4. gering genährte 3200 bis 3900, Durchschnitt 79,00; c) Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgewässerte Kalben höchsten Schlachtwertes 5600 bis 5800, Durchschnitt 104, 2. vollfleischige, ausgewässerte Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 5200 bis 5400, Durchschnitt 102,00, 3. ältere ausgewässerte Kühe und gut entwässerte jüngere Kühe und Kalben 4400 bis 4900, Durchschnitt 102,00, 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 3700 bis 4300, Durchschnitt 100, 5. mäßig u. gering genährte Kühe und Kalben 2400 bis 3400, D. 85,50. Rinder: 1. Doppellender —, 2. beste Rind- und gute Sauatälber 7500 bis 7600, Durchschnitt 121,75, 3. mittlere Rind- und gute Sauatälber 7100 bis 7800, 120,00, geringe Rinder 6100 bis 7000, 120,0. Schafe: 1. Wollschmmer und jüngere Wollschmmer 5800 bis 6100, Durchschnitt 119, 2. ältere Wollschmmer 5000 bis 5700, Durchschnitt 119,00 mäßiggenährte Dammel u. Schafe (Wergschafe) 2800 bis 4500, Durchschnitt 98,25. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 11800 bis 11900, pro Pfund 146,00, 2. Aeuschwine 11600 bis 11800, pro Pfund 146,25, 3. fleischige 10900 bis 11200, pro Pfund 146 gering entwässerte 9700—10700, pro Pfund 145,75, 5. Sauen u. Eber 9200 bis 11600, pro Pfund 134,75. Ausnahmestücke über Notig. Tendenz des Marktes: Schweine und Rinder mittel.

## Gasthof Blankenstein.

Sonntag den 27. August

## feine Ballmusik.

Hierzu ladet ergebenst ein Mag Richter.

### Zuverlässigen

## Zeitungs-Austräger(in)

für den 2. Stadtbezirk des „Wilsdruffer Tageblattes“ für 1. September

## gesucht.

Zu melden in der Geschäftsstelle.

Wir sind wieder mit einem frischen Transport

## vorzügl. Milchvieh



hochtragend und frischmelkend bei uns zum Verkauf eingetroffen. Schlachtvieh wird in Zahlung genommen.

Hainsberg Sa. Emil Kästner & Co.

Jernruf Freitag 296.

## Der 1. September

kommt und erinnert daran, Neubestellungen auf das „Wilsdruffer Tageblatt“ sofort zu bewirken.

## Anzeigen

Jeder Art finden im „Wilsdruffer Tageblatt“ (Anzeigebrett) und seinen Nebenausgaben Costwiger Anzeiger und Anzeiger für Weinböden weitestgehende Verbreitung!

Unverbindl. Kostenanschläge bereitwilligst

Reife Birnen, Äpfel sowie Musäpfel billig bei 4541 JäpfelWilsdruff.

Äpfel und Birnen 10 Pfund 80 Mark, verkauft Hildebrand.

Drucksachen all. Art liefert sauber und preiswert die Buchdruckerei d. St.

## Starke Ferkel

stehen zum Verkauf Sachsdorf Nr. 28.

## Was wir leisten!

### Wir drucken alles

was Behörden, Handel, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft in Drucksachen gebrauchen, es gibt keinen Buchdruck, den wir nicht liefern können. / Unsere Arbeit ist sauber u. geschmackvoll, wirkungsvoll in der Aufmachung und stets preiswert. / Es ist kein Auftrag zu groß, auch keiner zu klein, den wir nicht zur Zufriedenheit des Auftraggeb. erledigen

Buchdruckerei

## Arthur Zschunke

Setzmaschinenbetrieb Buchbinderei / Stereotypie

— Fernruf 6 —

### Kleine Inserate haben stets Erfolg.

## Herrengarderobe, Frisiche

Dr.-Löbtau, Grumbacher Str. 20p.

Privatgeschäft ab Burgstraße.

Elegante Herrenanzüge, Schläpfer, Stoff-Brechshosen, Schlofferanzüge, große Auswahl in Hosen und Sommerjoppen, Zeltbahn, Jagdleinen, Khaki und pa. Lodenjoppen usw. Daß meine Preise nicht zu hoch sind, beweist, daß mein Geschäft diesen ungeahnten Aufschwung nimmt.